Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 10

Artikel: Aussenpolitik ist ein Hauptinstrument
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-369063

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Friedensförderung und internationale Stabilität sind Eckpfeiler unserer Sicherheit

Aussenpolitik ist ein Hauptinstrument

Internationale Zusammenarbeit hat das Zeitalter der Konfrontation abgelöst. Globales Denken bestimmt auf weite Strecken unser Handeln. Landesgrenzen markieren nur noch das Territorium, sind jedoch längst kein Hindernis mehr für grenzüberschreitendes Zusammenwirken. Weltweit trägt diese Entwicklung entscheidend zur Friedenssicherung bei. Für unser Land ist sie die grosse Chance, aussenpolitisch noch aktiver zu werden als bisher. Denn Sicherheitspolitik ist schwergewichtig eine Sache der Aussenpolitik. Oder umgekehrt: Die Aussenpolitik ist ein Hauptinstrument der Sicherheitspolitik.

EDUARD REINMANN

Schon in seinem Bericht 90 hat der Bundesrat als fünftes Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik den «Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa» ausdrücklich festgehalten. Die Begründung: «Die eigene Sicherheit wird zunehmend von der Sicherheit unseres Umfeldes bestimmt. Mit einem Beitrag an die internationale Stabilität kann die Schweiz dazu beitragen, eine Reihe von sicherheitspolitischen Problemen in Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu lösen. Ein aktives Mithelfen, Frieden zu sichern, Krisen zu bewältigen und Konflikte zu entschärfen, ist ein Zeichen der Solidarität und gewährt schliesslich auch der Schweiz Sicherheit.»

Seit der Veröffentlichung des sicherheitspolitischen Berichtes 90 habe sich die internationalen Verflechtungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich intensiviert und vertieft. Wie jedes andere Land der Welt ist die Schweiz von Ereignissen mehr oder minder stark betroffen, die sich ausserhalb ihrer Grenzen abspielen. Unser Land kann sich ihren Auswirkungen nicht entziehen. Man denke nur an den Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die Sensibilität der Rohstoffmärkte und die heftigen Konjunktur- und Preisausschläge infolge wirtschaftlicher Verflechtungen. Unser Land ist auch hinsichtlich der Hilfeleistung bei Kriegshandlungen, in Konfliktzonen und Notstandsgebieten gefordert – moralisch und materiell. Die Schweiz hat zudem eine tiefverwurzelte Tradition als Anbieterin guter Dienste in der Diplomatie und als Verfechterin der Menschenrechte.

Den Frieden fördern und sichern

Wenn die Schweiz ihre Rolle in der Völkergemeinschaft segensreich wahrnehmen will, muss sie eine aktive Friedenspolitik betreiben. Im Vordergrund stehen dabei die Beiträge zu einer stabilen gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung und zur Vertiefung solidarischen Denkens und Handelns. Möglichkeiten dazu bieten sich zum Beispiel in den Gremien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), des Europarates, der Europäischen Union (EU), der Westeuropäischen Union (WEU) und der Nato. Auch über Europa hinaus kann und soll die Schweiz mittels Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe Anstrengungen zur Verbesserung der Staatenbeziehungen unternehmen. Weitere Mittel sind die Beteiligung an friedenserhaltenden Massnahmen der Uno und der OSZE (Blaumützen, Gelbmützen, Beobachter), die Beteiligung an multilateralen Abrüstungsverhandlungen, der Kampf gegen die ABC-Waffen-Verbreitung und eine restriktive Waffenexportpolitik. In der internationalen Katastrophenhilfe profiliert sich die Schweiz seit vielen Jahren vorteilhaft.

Was tut die Schweiz für den Frieden?

- Mitwirkung in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- Einsatz für Menschenrechte
- Förderung des humanitären Völkerrechts
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Entwicklungszusammenarbeit
- Humanitäre Hilfe
- Katastrophenhilfe
- Weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Wirtschaftliche Landesversorgung
- Schutz der Bevölkerung
- Landesverteidigung
- Blaumützen – Gelbmützen
- Nato-Partnerschaft für den Frieden
- Kampf gegen organisiertes Verbrechen
- Kultureller Austausch
- Schutz der Umwelt

Aussenpolitik ist auch Wirtschaftspolitik

Betrachtet man die Probleme dieser Welt und reduziert sie auf das Wesentliche, kommt man nicht um die Feststellung herum, dass sie zu einem sehr grossen Teil wirtschaftlich bedingt sind. Territorial- und Machtansprüche haben meistens einen wirtschaftlichen Hintergrund, ethnische Konflikte gären unter wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen. Bürgerkriege haben ihren Nährboden in wirtschaftlichen Ansprüchen. Die Migrationsströme sind weitgehend wirtschaftlich bedingt. Mit etwas starken Worten ausgedrückt: Wirtschaftsmacht, Wirtschaftskraft und Geld regieren die Welt. Und wo es um wirtschaftliche Vormachtstellungen geht, ist bei manchen die weisseste Weste nicht mehr fleckenlos!

Aussenwirtschaftspolitik kann aber auch als Instrument des Friedens und der Sicherheit eingesetzt werden. Unter Aussenwirtschaftspolitik versteht man das Einwirken des Staates oder einer Staatengemeinschaft auf den internationalen Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr. Gegenstand der Aussenwirtschaftspolitik ist der Auf- und heute vor allem der Abbau von Hemmnissen, die dem internationalen Wirtschaftsverkehr entgegenstehen. Die Bedeutung des Aussenhandels wird deutlich, wenn man weiss, dass die Schweiz im Jahr 1997 Waren und Dienstleistungen für 129 Milliarden Franken importiert und für 144 Milliarden Franken exportiert hat. Import und Export, Handel und Wandel sind Triebfedern für wirtschaftliche Prosperität, für Arbeit und Brot, für Wohlstand und Freude, für Friede und Sicherheit.

Fördern und ... gezielt verhindern

Die Schweiz ist sich dessen sehr wohl bewusst und betreibt, koordiniert vom Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI), eine aktive Aussenwirtschaftspolitik. Aktuelle Schwerpunkte sind die Europäische Wirtschaftsintegration, das Welthandelssystem (WTO), die Förderung der wirtschaftlichen

Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie in den Mittelmeerstaaten und der Nord-Süd-Dialog, unter dem vor allem Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt zu verstehen ist.
Ganz uneigennützig ist diese dosierte Dynamik indessen nicht. Der sicherheitspolitische Auftrag der Aussenwirtschaftspolitik umfasst nämlich unter anderem: Die Behauptung des Wirtschaftsstandortes Schweiz, die Verbesserung der Marktzugangsmöglichkeiten sowie die Versorgung der Schweiz in ausserordentlichen Lagen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftlichen Landesversorgung («Zivilschutz» berichtete). International ausgerichtete Aufträge sind die Sicherung eines offenen Welthandelssystems, die Vertiefung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit und die Unterstützung internationaler Vereinbarungen zur Beilegung oder Vermeidung von wirtschaftlichen Streitigkeiten.
Ein Beitrag an den Frieden weltweit ist das vom Eidgenössischen Parlament im Dezember 1996 verabschiedete neue Kriegsmaterialgesetz (KMG) mit der per 1. April 1998 in Kraft gesetzten zugehörigen Verordnung, womit die Ausfuhr von Kriegsmaterial und strategischen Gütern geregelt wird. Mit der Inkraftsetzung des neuen KMG wechselte die zuständige Stelle für die Kriegsmaterialkontrolle vom Generalsekretariat des VBS zum Bundesamt für Aussenwirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements. Das BAWI ist seit dem 1. April 1998 die zentrale Anlauf- und Bewilligungsstelle für alle Güter, die unter dem KMG, dem Güterschutzgesetz und dem Atomgesetz (mit Ausnahme der Kernbrennstoffe) kontrolliert sind.
Man mag einwenden, dass mit der rigorosen Einschränkung und Kontrolle des Exportes von Rüstungsgütern der Schweizer Wirtschaft Hindernisse in den Weg gelegt werden, denn das Argument «wenn wir nicht liefern, dann liefern andere» ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Dem ist entgegenzuhalten, dass eine Friedens- und Sicherheitspolitik nur dann glaubhaft ist, wenn ihr auch die eigenen Interessen untergeordnet werden.

Politische Leitlinien für den sicherheitspolitischen Bericht 2000

Sicherheit durch Kooperation – auch mit dem Ausland

rei. Die Schweiz soll in Zukunft vermehrt Truppen für internationale Friedenseinsätze zur Verfügung stellen, auch solche, die zum Selbstschutz bewaffnet sind. Ganz generell gilt die Kooperation mit dem Ausland und mit internationalen Organisationen als unverzichtbare Basis der künftigen Sicherheitspolitik unseres Landes. Ein Beitritt zur Nato und die Aufgabe der Neutralität stehen jedoch nicht zur Diskussion. Dies gab Bundesrat Adolf Ogi bekannt, als er am 14. September die politischen Leitlinien und Eckpfeiler für die Erarbeitung des sicherheitspolitischen Berichtes 2000 verkündete.

«Die militärische Bedrohung hat sich verringert, der Stellenwert nichtmilitärischer Gefahren hat zugenommen», sagte Ogi. Sicherheitspolitik könne sich nicht mehr auf die Verhütung und Abwehr machtpolitischer Gefahren beschränken. Unser Verständnis von Sicherheitspolitik müsse dieser Entwicklung Rechnung tragen. Ogi: «Sicherheitspolitik soll jener Bereich staatlicher Tätigkeit sein, der sich mit der Prävention und Abwehr der Androhung oder Anwendung von Gewalt strategischen Ausmasses befasst.» Unter diesen Aspekten könne die schweizerische Sicherheitspolitik kein autonomes Eigenleben mehr führen, betonte Ogi. «Wir wollen zwei Standbeine haben. Das eine ist der Verbund unserer eigenen sicherheitspolitischen Instrumente, das andere ist internationale Kooperation.»

Gleiche Instrumente – neue Gewichtung

Die verschiedenen Instrumente der Sicherheitspolitik müssen laut Ogi miteinander koordiniert und die Gesamtverteidigungsstrukturen durch ein flexibleres System abgelöst werden. Die sicherheitspolitischen Instrumente bleiben jedoch grundsätzlich dieselben wie bisher: Aussenpolitik, Armee, Bevölkerungsschutz, Wirtschafts- und insbesondere Aussenwirtschaftspolitik sowie die Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesversorgung, Instrumente des Staatsschutzes und der inneren Sicherheit, Information.

Den grössten Veränderungsbedarf ortet der Verteidigungsminister bei der Armee und dem Bevölkerungsschutz, also zwei Elementen, die dem VBS angehören. Insbesondere sollen die Beiträge der Armee zur Friedensförderung und Krisenbewältigung ausgeweitet und zu diesem Zweck auf freiwilliger Basis geeignete Truppen ausgebildet werden. Die Frage der Bewaffnung der Friedenstruppen zum Selbstschutz muss weiterverfolgt werden. Ogi: «Die Kommission Brunner hat den Finger zu Recht auf eine wunde Stelle gelegt. Es ist mit unserer Würde nicht vereinbar, dass unsere Friedenstruppen von Soldaten anderer Länder geschützt werden müssen.» Dazu Ogi in der Fragerunde: «Wir prüfen eine vorgezogene Gesetzesänderung.»

«Wir stehen erst am Anfang»

Zum Schluss seiner Ausführungen warnte Ogi davor, schon jetzt konkrete Schlüsse zu ziehen. «Wir stehen erst am Anfang der Ausarbeitung eines sicherheitspolitischen Berichtes, nicht am Ende. Vieles müsse noch geprüft und alles gründlich überdacht werden. Es gehe jetzt um die Grundausrichtung und nicht um die Festlegung von Details. Die Sicherheitspolitik müsse